

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - BSS/046(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag,  09.07.2013	Altes Rathaus Hansesaal	16:30 Uhr	17:05 Uhr

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.06.2013
- 4 Informationen
- 4.1 Konzepterstellung barrierefreier Zugang an Schulen  
BE: FB 40 I0137/13
- 5 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Burkhard Lischka

**Mitglieder des Gremiums**

Stadträtin Ursula Biedermann

Stadtrat Bernd Heynemann

Stadtrat Mario Grünewald

Stadtrat Olaf Meister

**Beratende Mitglieder**

Stadträtin Carola Schumann

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundiger Einwohner Denny Hitzeroth

Sachk. Einwohner Hans-Joachim Mewes

**Geschäftsführung**

Frau Sylvia Grützner

abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Stadtrat Gunter Schindehütte

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundiger Einwohner Dr. Joachim Köhler

---

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die letzte Sitzung vor der Sommerpause und stellt die Beschlussfähigkeit mit 4 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest (ab 16.40 Uhr 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder).

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird unverändert einstimmig bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.06.2013

---

Die Niederschrift der Sitzung vom 18.06.13 wird mit dem Abstimmungsergebnis **3 : 0 : 1** bestätigt.

### 4. Informationen

---

#### 4.1. Konzepterstellung barrierefreier Zugang an Schulen Vorlage: I0137/13

---

Der FBL 40, Herr Krüger, bringt die Informationsvorlage ein. Er teilt als Fazit mit, dass insgesamt gesehen mit der bisherigen Herstellung der Barrierefreiheit an den Schulen der Stadt ein relativ guter Stand erreicht werden konnte.

Zur Vorbereitung und Umsetzung der inklusiven Beschulung wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die Hinweise in Form von Handreichungen für Schulen mit inklusivem Schulkonzept bündelt. In dieser Arbeitsgruppe werden neben der Verwaltung u. a. Elternvertreter, Pädagogen, Behindertenverbände und der Städte- und Gemeindebund LSA mitwirken; die Federführung obliegt dem Kultusministerium.

Der Bg IV, Herr Dr. Koch, gibt zur Kenntnis, dass seitens der Stadt mehrere Schreiben bzgl. der Umsetzung von Inklusion an das Land ergingen und nochmals auf die Klärung der erforderlichen räumlichen und finanziellen Voraussetzungen hingewiesen wurde. Hierzu fehlen nach wie vor konkrete Vorgaben des Landes. Die einzurichtende Arbeitsgruppe wird sich mit der Thematik beschäftigen und die Verwaltung sich bei Erstellung der Handreichung einbringen. Das Land hat die inklusive Beschulung als Ziel auf den Weg gebracht. Seitens der Stadt wird auf das Konnexitätsprinzip verwiesen. Durch das Land ist dafür Sorge zu tragen, dass die Kommune ihre Aufgaben als Schulträger wahrnehmen kann. Dr. Koch hebt hier den finanziellen Aspekt hervor. Die Kommune könne die Voraussetzungen zur Inklusion nicht alleine schultern.

Herr Pischner, Behindertenbeauftragter der Stadt, legt dar, dass sich die Barrierefreiheit auf die Landesverordnung Bau bezieht, zur Inklusion gehöre jedoch mehr. Der Kultusminister, Herr Dorgerloh, hat im letzten Jahr an einer Sitzung des Landesbehindertenbeirates teilgenommen und verkündet, dass es 2014/15 neue Richtlinien geben soll.

Stadtrat Meister erfragt den Ablauf zur Erlangung der Zertifizierung für die Schulen. Er möchte wissen, wie dies in der Praxis aussieht und wann der Ausschuss BSS hierzu Informationen erhält.

Herr Krüger, FBL 40, schlägt den Ausschussmitgliedern dazu vor, in einer der nächsten Sitzungen die in der Informationsvorlage genannten Grundschulen „Am Umfassungsweg“ oder „Am Fliederhof“ aufzusuchen. Die Ausschussmitglieder stimmen zu.

Die Information I0137/13 wird zur Kenntnis genommen.

## 5. Verschiedenes

---

- Stadträtin Schumann unterrichtet den Ausschuss über eine von Eltern der FÖSK „Schule am Fermersleber Weg“ erhaltene E-Mail zur Problematik der vorgesehenen Auslagerung von 35 Kindern aufgrund des Umbaus des Schulgebäudes.

Herr Dr. Koch, Bg IV, berichtet über ein diesbezügliches Schreiben der Verwaltung an den Elternrat. Dieses Schreiben wird dem Protokoll als Anlage beigelegt. Die Stadt, so Herr Dr. Koch, ist nur für die Beschulung körperbehinderter Schüler der Stadt Magdeburg zuständig. Zunehmend jedoch wurden in den letzten Jahren auch Schüler aus dem Umland über das LSA zugewiesen. Jetzt trete die Situation zur Errichtung einer Außenstelle auf, hervorgerufen durch die Zuordnung einer Vielzahl von auswärtigen Schülern durch das LSA. Er habe Verständnis dafür, dass die Eltern eine Schule in Nähe der Uni-Klinik bevorzugen. Sollte ein Schulneubau am Standort Fermersleber Weg erfolgen, müsse ohnehin ausgelagert und Kompromisse in Kauf genommen werden. Bisher liegt der Stadt landesseitig noch kein Fördermittelbescheid vor.

Herr Dr. Koch gibt zur Kenntnis, dass der zuständige Abteilungsleiter des MK noch in dieser Woche (Donnerstag, 11. Juli) zu einem Gespräch eingeladen hat. Die Stadt könne nicht für eine Situation verantwortlich gemacht werden, für deren Entstehen sie keine Verantwortung trägt. Das in Frage kommende Ausweichobjekt, die Comeniuschule, ist gerade neu saniert worden und erfüllt die Voraussetzungen für eine behindertengerechte Unterbringung der Schüler.

Der Ausschussvorsitzende erteilt nach Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern der Vertreterin des Elternrates der FÖSK, Frau Woitzik, die Gelegenheit, ihre Sicht der Beschulungssituation vorzutragen.

Frau Woitzik teilt mit, dass sich zzt. die Probleme häufen. Den Eltern gehe es um ein gutes Schulkonzept und das Sozialleben. Es gibt Sponsoren für die Schule sowie Pädagogen und Eltern, die sich kümmern. Sollten Klassen ausgelagert werden, fallen das für die Schüler so wichtige Sozialleben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weg, es geht um 35 behinderte Kinder. Sie hob hervor, dass der Standort Wiener Straße durchaus als Alternative akzeptiert wird.

Herr Pischner spricht die räumliche Situation in der Comeniuschule an. Im Zuge der Sanierung wurde vom Eb KGm die Unterbringung der Behindertentoilette im 1. OG angefragt. Mit der Auslagerung der FÖSK entsteht jetzt eine andere Situation. Die Benutzung der Toilette im 1. OG ist jedoch möglich, zumal nur einige Kinder der FÖSK diese benutzen werden; die Lösung ist auch eine Form von Inklusion. Ihm wäre es lieber gewesen, wenn als Ausweichobjekt eine Schule im Umfeld des Fermersleber Weges zur Verfügung gestanden hätte.

Herr Dr. Koch schätzt das Engagement der Eltern. Ursache für die entstandene Situation ist eventuell ein einseitiges Übersehen vom Land, das möglicherweise mit der damaligen personellen Struktur aufgrund des Zusammenlegens mit dem Landesverwaltungsamt im Zusammenhang steht.

Um der Beschulung der Kinder gerecht zu werden, muss vom Land zusätzliches Personal eingestellt werden und es müssen mehr Räume zur Verfügung stehen.

Stadtrat Heynemann fragt nach der Situation, die entstehen würde, wenn sich das Land nicht kooperativ zeigt und ob dann nur die Magdeburger Schüler beschult werden würden. Herr Dr. Koch erklärt, dass alle Schüler die FÖSK weiter besuchen werden. Die Verwaltung hat die Außenstelle in der Comeniusschule angeboten und das Land hat zugestimmt. Die von der Schule und den Eltern gewünschte Containerlösung wird von der Verwaltung nicht favorisiert. Das Land muss die eigentliche Lösung voranbringen, dies ist die Ausreichung der Mittel über das Stark III-Programm. Stadtrat Lischka fügt an, dass dies mit dem Erhalt von EU-Mitteln im Zusammenhang zu sehen ist.

- Stadträtin Schumann erkundigt sich nach der Unterbringung von Materialien des Astronomischen Zentrums und wie weit diese fortgeschritten ist. Der FBL 40, Herr Krüger, führt dazu aus, dass nach seiner Kenntnis diesbezüglich alles abgestimmt und geklärt sei; er wird die Stadträtin Schumann informieren.
- Die erste Sitzung nach der Sommerpause findet gem. Plan am 10. September statt (16.30 Uhr, Hansesaal).

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka  
Vorsitzender

gez. Sylvia Grützner  
Schriftführerin